

"Nee" in Die Zeit (13. April 2006)

Quelle: Die Zeit. 13.04.2006. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"nee"_in_die_zeit_13_april_2006-de-c18c937c-b96b-43f4-9e0c-e0afc5c5dd43.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Nee

Die EU treibt ihre Erweiterung voran. Bei den Bürgern macht sie sich damit immer unbeliebter. Was sagt eigentlich der zuständige Kommissar Olli Rehn dazu?

Von Petra Pinzler

Olli Rehn hat den undankbarsten Job der EU. Der Finne ist ihr Erweiterungskommissar. Von seinem schmucklosen Büro im Brüssler Kommissionsgebäude aus wird der Beitritt von Bulgarien und Rumänien dirigiert, werden die Gespräche mit Kroatien und die Verhandlungen mit der Türkei geführt. Populär macht ihn das in Europa immer seltener. Zunehmend unbeliebter wird er auch in Deutschland.

»Wir müssen unser Versprechen halten«, sagt jedoch Olli Rehn. Er spricht den Satz mit der gleichen ruhigen Gelassenheit, mit der er auch über Kriterien, Sicherheitsklauseln, Absorptionskapazitäten spricht - und über den Ausblick aus seinem Fenster. Er redet seltsam unberührt, als ob ihn das alles wenig aufregte, als ob es keinen Ärger, keinen Streit und keine Alternativen gäbe. Er redet wie ein kundiger Erweiterungsverwalter. Dann sagt er: »Wir können das nicht einfach stoppen.«

Das sehen andere anders. Fast zwei Drittel der Deutschen lehnen die Erweiterungspolitik ab, noch haben sie die letzten zehn Neuzugänge nicht verdaut, fühlen sich in einem immer größer werdenden Europa immer weniger zu Hause. Doch nicht nur in der Bevölkerung wächst der Widerstand gegen die Erweiterung. Es müsse »Grenzen der Aufnahmefähigkeit geben«, findet der französische Präsident Jacques Chirac. Und sein Außenminister Philippe Doust-Blazy sagte kürzlich: »Man kann den Willen der Völker nicht ignorieren.« Der niederländische Außenminister Bernard Bot überlegt, ob Europas künftige Erweiterung nicht klar daran gekoppelt sein müsse, dass es die Lebensbedingungen der Europäer verbessere. Dänemarks Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen plädiert dafür, einen langsameren Gang einzulegen. Der Österreicher Wolfgang Schüssel bremst zumindest bei der Türkei, und er findet dafür viel Sympathie bei Angela Merkel.

Tempo raus? Schon im Mai fällt der Startschuss der EU-Kommission für die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien. Zwar hat Olli Rehn noch in der vergangenen Woche im EU-Parlament zugegeben, dass »der Menschenhandel in Rumänien ein Problem bleibt«, in Bulgarien »die Reform des Justizwesens unbefriedigend« sei. Doch verhindern dürfte das den Beitritt nicht. Bestenfalls können bestimmte Bereiche eine Zeit lang von den Segnungen des Binnenmarktes ausgesperrt bleiben. Rehn verweist gern auf diese »Sicherheitsklauseln«. Grundsätzlich aber hat er keine Wahl: Die Verträge, von allen Regierungen längst unterschrieben, sehen die Aufnahme für 2007, spätestens 2008 vor. Dass ausgerechnet die Hinterbänkler im deutschen Bundestag das Ganze verhindern, in dem sie - wie angedroht — den Vertrag nicht ratifizieren, darf bezweifelt werden.

Kroatien und die Türkei sind dann als Nächste an der Reihe. Deren Beitritt dürfte zwar noch Jahre dauern, zudem werden sie nationale Referenden überstehen müssen. Doch auch diese Länder arbeiten Kapitel um Kapitel die EU-Verträge durch, lernen die neuen Sprachen, schicken ihre Diplomaten nach Brüssel.

Reisen in den Balkan stehen danach auf der Liste: Makedonien hat zumindest die erste Hürde genommen, der restliche Balkan das feste Versprechen für EU-Tickets in der Tasche. Die Ukraine hofft noch. Schließlich gibt Artikel 49 des EU-Vertrages jedem »europäischen Staat«, der die Kriterien erfüllt, das Recht auf die Mitgliedschaft in der Union.

In Deutschland polemisiert vor allem die zweite und dritte Reihe der Politik immer offener gegen diesen Mechanismus. Über neue Mitgliedschaften müsse neu nachgedacht werden, stänkert Bayerns Edmund Stoiber. Der Chef des EU-Bundestagsausschusses Matthias Wissmann applaudiert. »Rumänien und Bulgarien sind für den Beitritt nicht reif«, diagnostiziert der frisch gekürte Balkanexperte und NRW-Ministerpräsident Norbert Rüttgers. Und der österreichische EU-Abgeordnete Wolfgang Bosch fasst zusammen: »Es reicht. Stopp.«

»Diese unverantwortliche Debatte muss endlich aufhören«, hält Olli Rehn dagegen. Er sieht die Erweiterung für andere, meist ökonomische Probleme missbraucht. Es sei schon bezeichnend, so Rehn, »dass ausgerechnet in den Ländern mit den schlechtesten Wachstumsraten die härtesten Kritiker der Erweiterung sitzen.« Die würden mit ihrer Ablehnung die fragilen Länder auf dem Balkan verunsichern. Rehn stört vor allem die undifferenzierte Ablehnung aller Neuen. Viele Kritiker würden alle Aspiranten in einen Topf werfen: die mit Vertrag. Die mit Versprechen. Und die, die nur die Hoffnung auf eine künftige Mitgliedschaft treibt. Auch Rehn will keine neuen Beitritte anbieten. Doch bei denen mit Verträgen und Versprechen müsse man Wort halten - dabei aber die Aufnahmefähigkeit streng prüfen. Im Falle Rumäniens habe er vor einem Jahr genau das getan — und gebremst.

Ihm schien das Land noch nicht EU-reif. Doch die Regierungschefs überstimmten ihn. Eine Entscheidung, die vor allem eines beweist: Die EU ist wirr, inkonsequent und gespalten.

Die Fronten verlaufen kompliziert. Da treibt nicht etwa eine übereifrige Kommission in Brüssel alle Regierungen gegen deren Willen dazu, Europa aufzublasen, wie manche Regierungen klagen. Zwar bremsen die einen, doch Großbritannien oder auch einige Osteuropäer würden gern noch viel schneller vergrößern - und beispielsweise der Ukraine neue Zusagen machen. Wieder andere spielen scheinheilig die Erweiterungsskeptiker, machen sich dann aber doch zum Anwalt befreundeter Nationen. Polen agitiert für die Ukraine, Griechenland für die Türkei, Frankreich kämpfte für Rumänien, legt aber der Türkei besonders große Steine in den Weg. Besonders arg treibt der österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel das Spiel. Er bremst die Türken, plädiert aber für Kroatien und den Westbalkan. Schließlich will er keine gefährlichen Grenzen.

Bis vor kurzem funktionierte diese Strategie ganz gut - vor allem für Deutschland. Dank der EU ist die Bundesrepublik heute von befreundeten Nationen umgeben. Durch die stetige Aufnahme neuer Mitglieder erkaufte sich die gesamte EU mit geringem Aufwand große Stabilität. Sie erweiterte ihre Einflussphäre, eroberte Märkte, machte ihre Werte populär und steigerte — so der Historiker Timothy Garton Ash - ihre »sanfte Macht«. Keine andere Staatengruppe hat in den vergangenen Jahrzehnten ähnlich erfolgreich agiert:

Die Liste der europäischen Errungenschaften ist lang, auch dank der Erweiterung.

Das Primat der Außenpolitik hat allerdings einen Schönheitsfehler: Der Wille der Völker wurde kontinuierlich ignoriert. Wahrscheinlich hätten weder Großbritannien noch Spanien oder Portugal den Weg in die EU gefunden - wenn die Bürger Kerneuropas gefragt worden wären. Und auch die Osteuropäer stünden noch vor der Tür. Weil dennoch heute alle dabei sind, schlussfolgert Olli Rehn: »Unsere Absorptionsfähigkeit war enorm.« Er findet das Ganze nur schlecht verkauft. Und dann verfällt er in die klassische Argumentation der Außenpolitiker, begegnet Skeptikern mit Bedrohungsszenarien. So argumentiert die EU-Diplomatie traditionell: Wer nicht in die EU darf, der verfällt dem Chaos. Dem Balkan drohe die Instabilität, die Türkei versinke im Islamismus, und die Ukraine falle an Russland.

Elmar Brok kennt all diese Argumente. Der einstige Befürworter der großen Osterweiterung hat damit einst gar den Streit mit Angela Merkel gewagt. Doch nun mahnt der EU-Abgeordnete der CDU das Umdenken an. Eine »europäische Perspektive« müsse mehr Optionen ermöglichen, fordert ein Papier des EU-Parlamentes, das vor allem aus seiner Feder stammt. Bis Ende des Jahres möge die Kommission doch Alternativen zur Vollmitgliedschaft durchspielen. Doch ob die Kommission dafür die richtige Adresse ist, ob ausgerechnet die Behörde den Mut hat, ganz neu zu denken, ist fraglich.

An anderen Orten gehen die Planspiele derweil los. Der belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt, ein überzeugter Europäer, sieht die alte EU zwar auf 30 bis 35 Länder anwachsen, darunter auch den Balkan und die Türkei. Doch ähnlich wie Innenminister Wolfgang Schäuble träumt auch er von einem Kerneuropa. Dieser Kern sollte sich dann weiterentwickeln, die Integration vorantreiben, vieles per Mehrheit entscheiden und in der Außenpolitik wirklich zusammenarbeiten.

Olli Rehn zögert, als er von dieser Idee hört. Da ist sie wieder, seine Furcht, in ein Fettnäpfchen zu treten, diese Angst, sich in einem gespaltenen Europa zu sehr zu positionieren. Politische Fragen will er lieber

anderen überlassen. Doch dann gibt er zu: Diese Idee vom großen Europa mit einem Kern, die findet er sympathisch. Der Finne lehnt sich zu seiner ungarischen Pressesprecherin hinüber und sagt lächelnd: »Da wären unsere beiden Länder auch gern dabei, oder?« Sie nickt.